



Presseschau vom 11.08.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

nachts:

Dan-news.info/Dnr-online.ru:: Im Verteidigungsministerium der DVR nimmt man an, dass man die Erklärungen des Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine Alexandr Turtschinow nicht ernst nehmen kann, der auf seinem Posten „völlig den Verstand verloren hat“.

Zuvor hatte er heute mitgeteilt, dass Spezialdienste der RF Informationen über Objekte mit großen Menschenansammlungen sammeln und „Szenarien zur Organisation von Terrorakten“ im Donbass ausarbeiten, die bezüglich der Menge an Toten vergleichbar sind mit der Boeing-Katastrophe, um dann die ukrainischen Truppen dessen zu beschuldigen. „Einige Worte über die heutige Erklärung des Sekretärs des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrats Herrn Turtschinow, der auf seinem Posten völlig den Verstand verloren hat. Herr Turtschinow, kommen Sie wieder zu sich!“, erklärte auf einer Pressekonferenz der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin. „Und Sie persönlich und ihre Komplizen in Kiew haben schon so viele Kriegsverbrechen im Donbass begangen, dass auch ohne jegliches Tribunal die Verantwortung für den Tod unschuldiger Menschen nicht nur auf Sie, sondern auch auf Ihre Nachfahren fallen muss. Wenn irgendeiner von ihnen in der Ukraine bleiben wird, wenn Ihr ganzes Regime zusammenbricht.“

Im Donbass muss nichts, wie Sie sagen, unter den Schlägen ukrainischer Soldaten in Ordnung gebracht werden. Diese tödlichen Schläge auf die DVR, unter denen täglich alte Leute und Kinder sterben, sind seit mehr als einem Jahr unser reales Leben.

Aber wir halten stand und werden die Verwirklichung unseres Rechts auf ein friedliches

Leben, Arbeit und Freiheit erlangen.

Das Wichtigste ist, dass Sie es bis zu diesem Zeitpunkt nicht schaffen, die Ukraine zu verlassen, damit Sie zusammen mit Ihren Komplizen für alle ihre Verbrechen vor dem Volk Rede und Antwort stehen müssen“, erklärte Eduard Basurin.

vormittags:

Dan-news.info: Ein Wohnhaus in Gorlowka brannte in der Folge des Beschusses der Stadt durch ukrainische Truppen ab, teilte der Leiter der Stadtverwaltung Roman Chramenkow mit. „Etwa um ein Uhr wurde der Nikitowskij-Bezirk beschossen. Auf der Murajew-Straße brannten ein Haus und eine Scheune ab.“

Nach Angaben des Bürgermeisteramts gibt es keine Toten und Verletzten in Folge des Beschusses.



https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xpt1/v/t1.0-9/11885240_446728065514176_7746727207495584747_n.jpg?oh=9b37a1e56667a807a478dd4bee244e52&oe=5644DE33

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben Starolaspa (Staraja Laspa) und Nowolaspa (Nowaja Laspa) im Telmanowo-Bezirk beschossen, durch Treffer von Geschossen wurden Wohnhäuser beschädigt, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Sergej Iwanow mit.

„In der Nacht wurden Staraja Laspa und Nowaja Laspa beschossen. In Staraja Laspa wurden fünf Wohnhäuser beschädigt, die Informationen über Zerstörungen in der Ortschaft Nowaja Laspa werden noch ermittelt“, sagte er.

Informationen über Tote und Verletzte gibt es bisher nicht.

de.sputniknews.com: Moldawien steht am Abgrund und kann sich in ein weiteres Konfliktfeld verwandeln, so der Generalsekretär des Europarates, Thorbjorn Jagland. Wie er in der „New

York Times“ schreibt, muss sich die Regierung mit Reformen beeilen.

Die proeuropäischen politischen Kräfte, die 2009 an die Macht gekommen waren, haben nicht genug gemacht, damit die Wirtschaft und die staatlichen Institutionen offener werden, betonte er.

Der Staat befinde sich weiterhin in den Händen von Oligarchen, während die Korruption wuchere. Die Armut zwinge hunderttausende von Moldauern ins Ausland. Im Land entstehe eine starke gesellschaftliche Enttäuschung.

Wie der Politiker feststellt, sind sowohl die Anhänger der europäischen Integration, als auch die Sympathisanten der Eurasischen Union mit Russland an der Spitze über die moldauischen Eliten entrüstet.

In den letzten Monaten sei eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Moldawien und Transnistrien zu beobachten, führt Jagland weiter aus. Ein groß angelegter Konflikt sei zwar wenig wahrscheinlich, angesichts der „angespannten Umgebung“ könnte aber die Situation außer Kontrolle geraten.

Nach Ansicht des Generalsekretärs des Europarates sollte die moldauische Regierung aus den Ereignissen in der Ukraine eine Lehre ziehen. Im heutigen Europa hängt die Stabilität des Staates von der Treue zu Demokratie und Gesetzlichkeit ab. „Wir sollten nicht vergessen, dass die Krise in der Ukraine mit einer tiefen Enttäuschung des Volkes über die politischen Institutionen begonnen hat“, betont Jagland.

Die Regierung müsse dringende Maßnahmen zum Kampf gegen die Korruption und zur Festigung der Banken ergreifen, schreibt er. Außerdem müsse das Gerichtssystem vor Einmischung der Politik geschützt werden. Widrigenfalls würden Folgen der Krise der Sicherheit, die Moldawien drohe, weit über die Grenzen dieses Landes hinausgehen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal das Regime der Feueinstellung gebrochen, teilte die Volksmiliz der LVR mit.

Von 7:20 Uhr bis 7:34 Uhr am 10. August haben die ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Lopaskino auf das Gebiet von Dolgoje mit Panzern, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen. Es gibt keine Verluste.

Um 13:15 Uhr wurde aus Richtung Troizkoje auf Besjelogorowka mit 120mm-Granatwerfern geschossen. Keine Verluste.

Von 16:00 bis 16:10 Uhr haben die Kiewer Truppen Wesjologorowka mit 120mm-Granatwerfern beschossen. Keine Verluste.

Um 23:20 Uhr wurde das Gebiet am Denkmal des Fürsten Igor von Staniza Luganskaja aus mit 120mm- und 82mm-Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Keine Verluste.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der letzten Nacht Oktjabrskij im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk beschossen, teilte die Bezirksverwaltung mit.

„Nach einem direkten Treffer begann ein Brand am Kremlwskij-Prospekt 44. Der Brand wurde gelöscht, Tote und Verletzte gibt es nicht“, wurde dort erklärt.

Der Brand wurde von den Einwohnern der Siedlung gelöscht.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der letzten Nacht das Territorium des Jasinowataja-Bezirks der DVR beschossen, teilte der Leiter des Bezirks Jurij Korsar mit.

„Der Bezirk wurde mit „Grad“-Systemen beschossen. Geschosse trafen die Eisenbahnstrecke und ein Feld in der Nähe einer Sommerhaussiedlung“, sagte er.

Nach Angaben der Verwaltung gibt es keine Toten und Verletzten. Informationen über Zerstörungen werden noch geprüft.

De.sputniknews.com: Das NATO-Mitglied Lettland ist an einer Normalisierung der Beziehungen zu Russland interessiert. Das hat Staatschef Vejonis in einem

Zeitungsinterview gerade behauptet. Er könnte ja mal anfangen, mit der Diskriminierung der Russen in seinem Land aufzuhören und die „Nichtbürger“ zu gleichwertigen Menschen erklären.

Über die Zeitung Neatkariga Rita Avize lässt der lettische Präsident Raimonds wissen, der russische Markt sei für lettische Unternehmer sehr wichtig und die wegen der Ukraine-Krise gegen Moskau erhängten Sanktionen stellten sie vor große Probleme. Sein Land sei an einer Normalisierung der Beziehungen zum großen Nachbarn interessiert.

Allerdings müssten die Beziehungen zwischen Riga und Moskau unter dem Aspekt der Sicherheit betrachtet werden und hingen von der Umsetzung des Minsker Friedensplan in der Ukraine ab. Vejonis hat damit die Position von EU und NATO wiedergegeben. Die frühere Sowjetrepublik Lettland gehört seit 2004 beiden westlichen Institutionen an, die vorgeben, für Freiheit und Gleichheit im Bündnis wie in der Welt zu streiten.

Wie hohl diese Phrasen sind und wie verlogen das Gerede von der „Normalisierung der Beziehungen“ zu Russland ist, macht die Schweizer Zeitung NZZ in ihrem erhellenden Beitrag „Der Graben durch Lettlands Gesellschaft“ über „russischstämmige Nichtbürger“ deutlich.

„Ein Drittel der Bevölkerung in Lettland ist russischstämmig. Auch 25 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion ist diese Minderheit schlecht in die Gesellschaft integriert“, lässt Marie-Astrid Langer wissen. „Schlecht integriert“ ist in diesem Fall ein Euphemismus für gewollte Diskriminierung. Etwa 270.000 „Nichtbürger“ gebe es in Lettland, das sind rund 14 Prozent aller Einwohner des Baltischen Staates. „Den offiziellen Status der Nichtbürger haben all jene Personen, die während der sowjetischen Besatzungszeit von 1940 bis 1991 nach Lettland zogen oder von der Sowjetmacht umgesiedelt wurden“, so die Autorin. „Hunderttausende von ethnischen Russen gelangten im Rahmen dieser Politik vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg in das baltische Land: Ihr Bevölkerungsanteil in Lettland verdreifachte sich von zehn Prozent im Jahr 1935 auf 34 Prozent 1989. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Letten in ihrer Heimat von drei Vierteln auf die Hälfte der Bevölkerung. Nach der Unabhängigkeit wurde die Staatsbürgerschaft nur jenen Bürgern und ihren Nachkommen verliehen, die bereits 1940 in Lettland gelebt hatten. 700 000 Personen, rund 30 Prozent der Bevölkerung, wurde sie vorenthalten.“

Ethnische Russen stellen das Gros der Nichtbürger, sie machen etwa zwei Drittel aus, der Rest besteht vor allem aus Ukrainern, Weißrussen und Polen.

Anders als im NATO- und EU-Mitglied Estland, das ein ähnliches System der Nichtbürger kenne, würden in Lettland nach wie vor neue Nichtbürger geboren, heißt es in der NZZ weiter: „Bekommen zwei Nichtbürger ein Kind, erhält dieses nicht automatisch die Staatsbürgerschaft wie andere lettische Kinder. Vater oder Mutter müssen diese explizit beantragen; allerdings hält oft der persönliche Stolz die Eltern von diesem Schritt ab.“

Nichtbürger haben weder die lettische noch eine andere Staatsangehörigkeit. Die Diskriminierung geht weiter: „Die Betroffenen dürfen nicht wählen oder gewählt werden und dürfen bestimmte offizielle Posten nicht ausüben – etwa nicht Polizist, Staatsanwalt oder Notar werden. Die Jahre, die sie im Ausland gearbeitet haben, werden in der Regel nicht bei ihrem Rentenanspruch berücksichtigt.“

Die Europäische Union hat den lilafarbenen Pass der Nichtbürger als offizielles Dokument für Reisen innerhalb der EU anerkannt – und damit, so die NZZ, „indirekt auch den Status der Nichtbürger akzeptiert“.

Lettlands Nichtbürger müssten einen sogenannten Einbürgerungstest machen, um die Staatsbürgerschaft des EU-Landes zu erhalten – was das Gros der Betroffenen als Beleidigung ablehnt. Was sollen auch Menschen, die ihr Leben lang in Lettland gelebt haben, einen lettischen Sprachtest machen und ihr Grundwissen in der Geschichte und der Verfassung des Landes nachweisen.

Doch die lettische Regierung treibt es noch bunter: Wie die NZZ weiter berichtet, hat die Führung in Riga ein Sprachzentrum geschaffen, das in der Bevölkerung den Spitznamen „Sprachpolizei“ trägt: „Die Mitarbeiter kontrollieren landesweit, ob in Firmen zu viel Russisch gesprochen wird. Bei Verstößen droht den Unternehmen ein Bußgeld, welches in den vergangenen Jahren sogar gestiegen ist. Pikant ist auch, dass jeder entsprechende Verdächtigungen bei den zuständigen Ämtern einreichen darf.“

Man stelle sich einmal vor, was hierzulande los wäre, Russlands Präsident Wladimir Putin würde eine Sprachpolizei von der Leine lassen und die Bürger des Landes zur Denunziation anhalten.

Weil die Apartheid-Praxis aber in einem Anrainer Russlands gepflegt wird, finden EU und NATO das alles nicht weiter schlimm. Die USA verlegen im kommenden Jahr schweres Militärgerät nach Lettland. Am liebsten würde Riga von Washington Stinger-Abwehrraketen bekommen.

Dan-news.info: „Die ersten neun Geldautomaten der Zentralen Republikanischen Bank haben ihre Arbeit auf dem Territorium der Hauptstadt der DVR aufgenommen“, erklärte der Pressedienst der Finanzbehörde.

Bisher funktionieren sie nur mit Bankkarten, die von der Zentralbank selbst, dem Finanzministerium und der Administration des Republikoberhauptes ausgegeben wurden. Die Geldautomaten sind auf die Ausgabe von Bargeld sowohl in Rubeln als auch Dollar programmiert, aber bisher werden jedoch nur Rubel ausgegeben.

Dan-news.info: Das Schicksal von hundert politischen Gefangenen, die im Odessaer Untersuchungsgefängnis sind, ist zur Zeit unbekannt, teilte der Odessaer Blogger Grigorij Tarasenko mit.

„Im Moment sind im Untersuchungsgefängnis der Stadt Odessa etwa 100 politische Gefangene. Wir, Vertreter der Öffentlichkeit, wissen nichts über ihr Schicksal“, sagte der Gesprächspartner der Agentur, der in den sozialen Netzwerken als „Goscha aus Odessa“ bekannt ist.

Nach seiner Meinung „können die Gefangenen nur durch einen Gefangenen austausch zwischen Kiew und der DVR und der LVR gerettet werden: diese Menschen müssen ausgetauscht werden, sonst kommen sie möglicherweise aus dem Gefängnis nicht mehr heraus“.

Der Blogger sagte, dass in den letzten anderthalb Jahren durch Festnahmen und Verhöre durch die Odessaer Koordination des Sicherheitsdienstes der Ukraine etwa 1500 Menschen gegangen sind, der Mehrheit von ihnen ist die Ausreise verboten. Die Lage in der Stadt ist angespannt, „es findet weiter eine aktive Hexenjagd auf Andersdenkende statt“.

„Aufgrund dessen sind die Odessiten vorsichtig, in der letzten Zeit passiert in Odessa jeden Tag irgendein Unglück. Trotzdem ist unsere Stadt russisch, sie wurde von den Romanows errichtet und der russische Geist hat sich in der Stadt erhalten. Er bleibt erhalten, obwohl die Stadt mit Radikalen aus dem Westen der Ukraine gefüllt ist“, unterstrich Tarasenko.

De.sputniknews.com: Das ukrainische Staatskomitee für Fernsehen und Rundfunk hat eine Liste von in Russland herausgegebenen Bücher veröffentlicht, deren Einfuhr in die Ukraine verboten ist, heißt es auf der Internetseite der Behörde.

Auf der Liste stehen 38 Bücher der russischen Autoren Eduard Limonow, Sergej Dorenko, Alexander Dugin, Sergej Rodin, Nikolai Starikow, Andrej Fursow, Sergej Glasjew und anderen. Laut dem Staatskomitee werden diese Maßnahmen getroffen, um der Desinformation der ukrainischen Bürger entgegenzuwirken...

Dan-news.info: Ein Gefecht zwischen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und der ukrainischen Nationalgarde auf dem okkupierten Teil des Telmanowo-Bezirks hat mit allgemeinen Verlusten von etwa 50 Personen geendet, teilte heute das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Nach vorliegenden Daten der Aufklärung der DVR gab es am 8. August 2015 in Bereich von Granitnoje einen Kampf zwischen Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte und der

Nationalgarde.“

„In der Folge des Gefechts starben mehr als 30 Menschen, bis zu 20 wurden verwundet.“

Dan-news.info: Die DVR hat in die Liste für den Gefangenenaustausch politische Gefangene aufgenommen, die in einigen ukrainischen Untersuchungsgefängnissen festgehalten werden, berichtete heute die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa. „An uns haben sich ukrainische Menschenrechtler mit der Bitte gewandt, den Menschen zu helfen, die von ukrainischen Truppen unter dem Verdacht politischer Vergehen festgenommen wurden und die sich jetzt in Untersuchungsgefängnissen befinden. Wir haben einige Menschen auf die Listen für den Austausch von Kriegsgefangenen genommen“, sagte sie.

Nach ihren Worten befindet sich die Frage des Austauschs von Gefangenen, der von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen ist, im Stadium der Erörterung bei den Verhandlungen. Der in der letzten Woche erfolgte Austausch zwischen der DVR und der Ukraine nach der Formel „drei gegen sechs“ wurde im Rahmen dieses Prozesses organisiert.

„Die Vereinbarungen über den Austausch wurden von den Seiten vor Ort erreicht. Wir haben sechs Mitarbeiter einer humanitären Brigade gegen drei Ukrainer ausgetauscht.“

De.sputniknews.com: Die Kommunistische Partei Russlands (KPRF) fordert, das neue Microsoft-Betriebssystem Windows 10 auf Ausspähung zu prüfen, wie die russische Zeitung „Iswestija“ berichtet.

Einen entsprechenden Antrag reichte der Abgeordnete der in der Staatsduma (Unterhaus) vertretenen KPRF-Fraktion, Wadim Solowjow, bei dem russischen Generalstaatsanwalt Juri Tschaika ein.

„Gemäß der Nutzungsvereinbarung sammelt und speichert das Betriebssystem automatisch die Geschichte der von den Benutzern oft besuchten Webseiten, Passwörter, Hotspots (...).“ Dabei behalte das Unternehmen sich das Recht vor, Auszüge des persönlichen Schriftwechsels sowie andere gesammelte User-Profile den Geheimdiensten zur Verfügung zu stellen, sie zu veröffentlichen und anderweitig auf eigenes Verlangen zu nutzen, heißt es in dem von „Iswestija“ zitierten Dokument.

Laut der russischen Gesetzgebung könne das Sammeln und die Verarbeitung der persönlichen Daten von Bürgern Russlands nur durch Organisationen erfolgen, die auf der Liste der Profile-Betreiber stünden, und eine Offenlegung von derartigen Informationen sei unzulässig, außer in vom Gesetz verankerten Fällen, so Solowjow.

„Weil viele russische Staatsstrukturen bei ihrer Arbeit Windows nutzen, ist ein Informationsleck nicht ausgeschlossen. Es geht faktisch um Spionage.“

Der Parlamentarier ruft zur Sperrung der entsprechenden Internet-Ressource auf, von der dieses Software-Produkt heruntergeladen werden kann.

Inzwischen teilte Microsoft der Zeitung mit, es sammle alle Informationen nur mit Zustimmung der User.

Nach Angaben von „Iswestija“ ist die Installation des neuen Betriebssystems Windows 10 ab dem 29. Juli 2015 nur noch ein Jahr für Besitzer der bisherigen Variante dieses Systems unentgeltlich.

Allein am ersten Tag nach der Veröffentlichung dieses Systems hätten es mehr als 14 Millionen Nutzer weltweit heruntergeladen.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Präsident Petro Poroschenko hat Erhöhung der ukrainischen Militärausgaben um weitere 5,3 Milliarden Griwna (rund 240 Millionen US-Dollar) abgesegnet. Das zusätzliche Geld ist für den Truppeneinsatz gegen das abtrünnige Donezbecken gedacht.

Ein entsprechendes Gesetz unterzeichnete Poroschenko am Dienstag, wie das Parlament (Rada) mitteilte. Die Rada hatte bereits im Juli für die höhere Finanzierung der „Sonderoperation“ gestimmt....

Dnr-online.ru: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der DVR bleibt schwierig. Die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung ist auch aufgrund der Wiederaufnahme der Arbeit der OSZE-Beobachter auf 39 zurückgegangen.

„Auf das Territorium der Republik wurden 506 Artilleriegeschosse der Kaliber 152 und 122mm, 99 Panzergeschosse und 198 Granatgeschosse der Kaliber 82 und 120mm abgeschossen. In beispielloser Weise wurde der Telmanowo-Bezirk von den Positionen der 72. einzelnen mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte beschossen. Die ukrainischen Truppen dieser Einheit unter dem Kommando von Grischtschenko schossen 480 reaktive Geschosse ab. Die Verluste unter der friedlichen Bevölkerung betragen einen Toten und drei Verletzte, unter den Soldaten der Armee der DVR ein Toter. Ebenfalls wurden beschossen: Petrowskoje, Belaja Kamenka, Krasnyj Oktjabr, Nowolaspa, Staromichajlowska, Shabunki, Jasinowataja, Sachanka, Wasiljewka, Spartak, das Gebiet des Flughafens, die Bezirke Kujbyschewskij und Kiewskij von Donezk.“

Basurin sagte auch, dass die Aufklärung der DVR weiterhin ein Anwachsen der Zahl der Militärtechnik und Personals der ukrainischen Streitkräfte entlang der Kontaktlinie feststellt. So wurde in Otscheretino 20 km von der Kontaktlinie die Stationierung von vier Gwosika-Artilleriesystemen festgestellt; in Archangelskoje, 19 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung eines „Akazija“-Artilleriesystems entdeckt; in Ldeban-Byk, 14 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung von Artillerie festgestellt; und in Wolnowacha, 14 km von der Kontaktlinie, wurde die Stationierung von Artillerie entdeckt.

„Außerdem wird eine Aktivierung der Luftaufklärung des Gegners unter Verwendung von Drohnen ausländischer Produktion festgestellt. Artillerieabteilungen der ukrainischen Streitkräfte haben in südlicher Richtung 50 Grad-Systeme und 30 Artillerieysteme der Kaliber 152 und 122mm stationiert. In Donezker Richtung im Bereich von Krasnogorowka sind etwa 600 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und 15 Panzer und Panzertechnikeinheiten konzentriert. Das Kommando der ATO bereitet weiter einen großmaßstäbigen Angriff auf die DVR vor. Und die ukrainischen Massenmedien entstellen aktiv alles im Osten der Ukraine Geschehende, wobei sie sich auf offizielle Erklärungen der Beobachtermission beziehen mit Rücksicht auf eine Öffentlichkeit, die die Wahrheit ihrer Erklärungen nicht glauben wird. Wir bitten die Beobachtermission der OSZE, Garant einer unabhängigen und objektiven Information über die Geschehnisse im Donbass zu sein“, fasste Basurin zusammen.



http://novorossia.su/sites/default/files/styles/large/public/basurin2_12.jpg?itok=IGX9GT6Y

De.sputniknews.com: Die Positionen der ukrainischen Regierungstruppen im Donbass sind von Volksmilizen beschossen worden, wie der Pressesekretär von Präsident Pjotr Poroschenko, Swjatoslaw Zegolko, mitteilte.

„Um 21.50 Uhr am Montag haben pro-russische Rebellen mit Unterstützung seitens russischer Militärs mit einem massiven Artillerieschlag aus 152-Millimeter-Geschützen auf die Positionen der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte begonnen. (...) Präsident Pjotr Poroschenko befahl der Führung des Generalstabs und des Verteidigungsministeriums, entsprechend den Minsker Vereinbarungen zu handeln und keinen Vorstoß des Gegners zuzulassen“, schrieb Zegolko auf seiner Facebook-Seite.

Kommentare seitens der Volksmilizen vom Donbass liegen nicht vor.

Dan-news.info: Die Zahl der Gefangenen, die von der ukrainischen Regierung festgehalten werden, ist höher als 1200, teilte heute die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa mit.

„Im Moment befinden sich 1202 Menschen bei den ukrainischen Behörden in Gefangenschaft. Dies sind Menschen, deren Schicksal bekannt ist, weitere 400 Menschen sind vermisst.“

Nach den Worten Morosowas wird die Möglichkeit der Befreiung der Gefangenen derzeit bei Verhandlungen, darunter auch bei den Treffen in Minsk, erörtert.

„Wir führen jetzt Verhandlungen zu ihrem Austausch, unter anderem bei den Treffen in Minsk. Wir erwarten die Annahme des Gesetzes „Über die Amnestie“ durch Kiew, um vom Verhandlungsstadium zu praktischen Handlungen überzugehen“, unterstrich sie.

De.sputniknews.com: Die Ukraine rüstet ihre Armee weiter auf. Noch in diesem Jahr sollen die Streitkräfte laut Vizeverteidigungsminister Petro Meched Zehntausende Wagen, Panzer und Raketen bekommen.

„Bis Ende des Jahres sollen mehr als 40.000 Fahrzeuge, mehr als 300 Panzer mehr als 30.000 Raketen und Geschosse an die Truppen geliefert werden“, teilte Meched am Dienstag in Kiew mit. Zudem sollen mehr als 3000 neue Handfeuerwaffen und 300 Sichtgeräte angeschafft werden.

Seit Beginn 2015 hat die ukrainische Armee dem Vize-Verteidigungsminister zufolge bereits mindestens 266.000 Raketen und Geschosse sowie rund 1200 verschiedene Waffen und Kampffahrzeuge aus heimischer Produktion erhalten...



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30375/23/303752300.jpg>

Dan-news.info: An einem Fest für Kinder, die aus den frontnahen Bezirken in die Hauptstadt und nahegelegene Ortschaften umgesiedelt wurden, haben heute im Donezker zentralen Schtscherbakow-Park etwa 300 Kinder und ihre Eltern teilgenommen. Die kleinen Gäste konnten kostenlos Karussell fahren, Eis essen und haben Luftballons bekommen.

„Unsere Kinder sind ein unabdingbarer Teil der Republik. Unsere Organisation ehrt heute die Flüchtlingskinder, die Karussell fahren konnten, an verschiedenen Wettbewerben teilnehmen und vieles andere. Das Wichtigste ist, dass wir die Jugend nicht ohne Aufmerksamkeit lassen, in ihren Händen liegt die Zukunft der Republik“, sagte der Leiter der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ Sergej Kondrykinskij.

„Wir haben heute Kinder hierher eingeladen, die aus den am meisten beschossenen Gebieten kommen und die jetzt in Wohnheimen im zentralen Teil von Donezk leben. Damit sie nicht zu Hause sitzen, haben wir beschlossen eine Festatmosphäre zu schaffen“, sagte der Leiter der Verwaltung des Woroschilow-Bezirks Wladislaw Latynzew.

An dem Fest nahmen Kinder aus Peski, Jasinowataja, Awdejewka und den Bezirken Kiewskij, Kujbyschewskij und Petrowskij der Hauptstadt teil. Unter den Gästen waren Kinder im Schul- und Vorschulalter sowie Mütter mit Kleinkindern.

„Wir sind aus Oktjabrskij gekommen, jetzt wohnen wir vorübergehend im Woroschilowskij-Bezirk. Gut, dass man uns nicht vergisst und ein solches Fest veranstaltet. Die Kinder müssen sich erholen“, sagte Wiktorija Saam. „Ich bin mit zwei Töchtern gekommen – die Kinder haben beste Laune“.

De.sputniknews.com: Am Montag hat das Auswärtige Amt in Berlin bestätigt, dass Russland dem Brigadegeneral Gert Gawellek das Visum verweigert hat. Der Bundeswehrgeneral wollte in der Moskauer Botschaft seinen Dienst als Militärattaché antreten. Zuvor hatte Deutschland dem designierten russischen Militärattaché in Berlin die Einreise verboten. Gert Gawellek (56) ist der erste Militär aus der DDR, der im wiedervereinten Deutschland zum General wurde. Gawellek hatte an einer Militärakademie in Moskau studiert und spricht fließend Russisch, wie die Tageszeitung „Kommersant“ am Dienstag schreibt.

Die deutschen Medien bezeichneten die Visum-Verweigerung als „unerwartet“ und „inakzeptabel“. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ sprach unter Berufung auf Diplomatenkreise von einer Retourkutsche Moskaus. Im Mai war dem russischen Militärattaché, der seinen Dienst in der Botschaft in Berlin antreten wollte, das Visum verweigert worden.

Nach den „Der Spiegel“ weiter schreibt, hat „das durch die Ukraine-Krise schwer belastete

Verhältnis zu Russland einen weiteren Rückschlag“ erlitten. Nach „Spiegel“-Angaben haben einige russische Militärattachés schon früher für einen der zahlreichen Geheimdienste des Landes gearbeitet.

Wie es aus der deutschen Botschaft in Moskau hieß, sollte der Vorfall nicht dramatisiert werden. Bei der Akkreditierung neuer Diplomaten gebe es eine Sicherheitsüberprüfung. Wenn der Kandidat von der Gegenseite abgelehnt werde, würden Gegenmaßnahmen folgen.

Die Außenministerien in beiden Ländern müssen nun neue Militärattachés berufen. Bis dahin werden Brigadegeneral Reiner Schwalb in Moskau und Oberst Michail Starow in Berlin weiter in Dienst stehen.

Dan-news.info: Die Erklärung des ukrainischen Generalstabs über ein „Recht“ der ukrainischen Streitkräfte auf die Verwendung von Artillerie gegen die DVR entspricht dem Standardszenario der Medienkampagne, die das Kiewer Regime durchführt, erklärte heute der Vorsitzende des Volkssowjets Andrej Purgin.

„Dies ist eine recht kluge Inszenierung einer Medienkampagne. Es ist so, dass sie irgendwie den Ereignissen um einen halben Schritt voraus sind und so ständig die Initiative haben. Und wir kommentieren ihre Erklärungen und nicht sie unsere“, sagte er.

Er stellte fest, dass Erklärungen dieser Art nicht nur Drohungen sind, sondern auch ein Deckmantel für Kriegsverbrechen, die die ukrainischen Truppen schon gegen die zivile Bevölkerung des Donbass begangen haben. So hält man es in Kiew nicht für nötig, die Opfer unter den zivilen Einwohnern durch die Beschüsse von Gorlowka von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus zu kommentieren.

„Und wenn eine erwidrende Reaktion mit Fragen beginnt: was geschieht, warum wird Artillerie gegen friedliche Bürger eingesetzt? - dann kommt eine solche Erklärung, die nahelegt, dass sie angeblich als Erwidmung geschossen haben“, fasste der Sprecher des Parlaments der DVR zusammen.

Zuvor hatte der Vertreter des Generalstabs der Ukraine Wladislaw Seljosnew erklärt, dass Kiew den OSZE-Vertretern mitgeteilt habe, dass die Milizen das Regime der Feueinstellung verletzt hätten und so die ukrainischen Streitkräfte angeblich völlig im Recht seien, Artilleriefire auf das Territorium der DVR zu eröffnen.

Dan-news.info: Der Anteil der Bürger der DVR, die die Arbeit der derzeitigen Regierung unterstützen, hat im Juni/Juli diesen Jahres keine wesentlichen Änderungen erfahren. Wie heute das Forschungszentrum „Besonderer Status“ mitteilte, zeugt davon die Analyse von Umfragen bezüglich der gesellschaftlichen Meinung:

„Die Zahl der Befragten, die die Arbeit der Regierung positiv bewerten, hat sich praktisch nicht geändert: der Prozentsatz der Antworten „gut, ich bin völlig zufrieden“ hat sich in den Grenzen des statistischen Messfehlerbereichs verändert: 3% (von 20% im Juni auf 17% im Juli). Dabei ist um 5% (von 33% auf 38%) die Zahl derer gestiegen, die eine zurückhaltendere Position vertreten, und meinen, dass es noch zu früh ist die Handlungen der Regierung zu beurteilen.“

Es wurde auch mitgeteilt, dass der Anteil hoher Bewertungen der Tätigkeit der Regierung in einer Reihe von Ortschaften der Republik wesentlich angewachsen ist: in Nowoasowsk - von 15% auf 34%, in Starobeschewo – von 11% auf 21%, in Charzysk – von 12% auf 19%, in Telmanowo – von 6% auf 11%.

Die Umfrage von in 19 Ortschaften der DVR unter Teilnahme von 5900 Befragten durchgeführt.

De.sputniknews.com: Der Vize-Verteidigungsminister der Ukraine, Petro Meched, schließt weitere Mobilmachungskampagnen im Land nicht aus, wenn die weitere Entwicklung der Situation im Osten der Ukraine dies erfordern sollte.

„Je nach der Entwicklung der Situation kann eine siebente, eine achte und eine neunte

Mobilmachung ausgerufen werden“, sagte Meched am Dienstag bei einem kurzen Pressegespräch.

Ihm zufolge arbeitet das Verteidigungsministerium jetzt aktiv darauf hin, die Zahl der auf Vertragsbasis dienenden Soldaten in den ukrainischen Streitkräften zu erhöhen. Zu diesem Zweck könnten unter anderem begrenzte Vertragszeiten vereinbart werden, weil die Dienstzeit der Soldaten nicht festgelegt sei, so der Vize-Verteidigungsminister.

Dan-news.info: Die Stadt Dokutschajewsk, etwa 15 km südlich von Donezk, ist wegen einer Beschädigung der Wasserleitungen in der frontnahen Zone den zweiten Tag ohne Wasserversorgung, teilte die Stadtverwaltung mit.

„Seit dem gestrigen Tag gibt es in der Stadt Probleme mit Wasser, die Wasserversorgung wurde unterbrochen. Die Reparatur ist nicht möglich, weil unsere Arbeiter nicht an den Ort vordringen können.“

Der Pressedienst der kommunalen Wasserwerke teilte mit, dass Reparaturarbeiten erst beginnen können, wenn die OSZE-Mission sich mit beiden Konfliktseiten abgestimmt hat.

Dan-news.info: „Technisch können wir eine Eisenbahnverbindung mit der RF herstellen, die Eisenbahner haben ihre Aufgaben erfüllt. Zurzeit läuft der Verhandlungsprozess“, sagte der stellvertretende Transportminister der DVR Wladimir Kabazij.

Kabazij fügte hinzu, dass ein positiver Ausgang der Verhandlungen derzeit äußerst wichtig für die Republik ist.

Abends:

Dan-news.info: Die Einwohner des Donezker Siedlung Jelenowka (im Leninskij-Bezirk von Donezk), wo seit etwa einem Jahr keine Wasserversorgung vorhanden ist, bitten die Behörden der DVR, aufgegebene Bohrlöcher und Brunnen aus der Zeit des Großen Vaterländischen Kriegs für die Wasserzufuhr zu verwenden. Dies teilte heute der Pressedienst des Volkssowjets der DVR mit.

„Die Einwohner von Jelenowka leben schon seit etwa einem Jahr ohne zentrale Wasserversorgung. Für die Zufuhr von Wasser wollen sie alte militärische Infrastrukturpläne verwenden und aufgegebene Bohrlöcher und Brunnen wieder in Betrieb nehmen. Dafür haben sie sich an die Abgeordneten des Volkssowjets Oleg Glebow, Alexandr Jarowikow und Marina Shejnowa gewandt, die sich am 8. August mit den Einwohnern von Jelenowka getroffen haben.“

Wie Shejnowa erläuterte, wollen die Menschen Infrastrukturpläne jener Zeit verwenden, um aufgegebene Bohrlöcher und Brunnen zu finden. Die Einwohner von Jelenowka wollen auch alte Einwohner um Hilfe bitten, die möglicherweise wissen, wo sich diese Stellen befinden.

„Eine spezielle Genehmigung für die Durchführung dieser Arbeiten brauchen die Menschen nicht. Sie haben eine Initiativgruppe gebildet, die sich mit diesen Fragen befasst. Die Behörden und kommunale Dienste helfen den Einwohnern, die aufgegebenen Bohrlöcher und Brunnen für die Wassergewinnung zu reinigen“, sagte Shejnowa.

Nach den Worten Glebows können die Behörden die zentrale Wasserversorgung für Jelenowka aufgrund der ständigen Beschüsse durch die ukrainischen Streitkräfte nicht reparieren.

„Die Sache ist die, dass die Wasserentnahmestelle sich an der Abgrenzungslinie befindet und ständig beschossen wird. Die Reparaturbrigade kann dort nicht hingelangen. In der

Folge ist nicht nur Jelenowka ohne Wasser, sondern auch die benachbarten zeitweilig von ukrainischen Straftruppen okkupierten Ortschaften“, sagte der Abgeordnete.

Dan-news.info: Die kommunalen Dienste von Donezk haben im Rahmen der Programms „Asphalt in jedem Hof“ mehr als 37.000 Quadratmeter Straßen in Wohngebieten wieder in Ordnung gebracht, teilte heute der Pressedienst der Verwaltung der Hauptstadt mit. An den Arbeiten nahmen 11 Brigaden teil. Die Reparaturen betreffen 800 Adressen in allen Bezirken von Donezk und der Stadt Mospino. ... „Anfragen nach Straßenreparaturen haben die Einwohner den Bezirksleitern übergeben, außerdem haben auf der Facebook-Seite der Bewegung „Lebenswertes Donezk“ Nutzer Fotos von Straßen eingestellt, die sofortige Reparaturen benötigen, danach wurden die Anfragen registriert und Pläne erstellt“, heißt es im Bürgermeisteramt.

De.sputniknews.com: Großbritannien will sein Ausbildungsprogramm für die ukrainische Armee erweitern und insgesamt bis zu 2.000 Soldaten in vier Fachbereichen trainieren, teilte der britische Verteidigungsminister Michael Fallon am Dienstag in Kiew bei einem kurzen Pressegespräch mit.

Fallon verwies darauf, dass ukrainische Soldaten derzeit von britischen Fachleuten in verschiedenen Bereichen ausgebildet werden. Es handle sich dabei um Grenadier-Einheiten, Aufklärung und die logistische Versorgung der Armee. Rund 1.000 ukrainische Soldaten haben bereits die Ausbildung absolviert.

Der britische Verteidigungsminister gab bekannt, dass das Programm vier neue Bereiche umfassen wird. Es gehe vor allem darum, dass die Soldaten lernen, Granaten und selbstgemachte Sprengvorrichtungen auszumachen. Darüber hinaus würden Ausbildungskurse zur Vorbereitung von Operationen in Ortschaften, zur Operativplanung und zur ingenieurtechnischen Versorgung eingerichtet, so Fallon. Ihm zufolge soll das Ausbildungsprogramm am 31. März (2016) abgeschlossen werden.

Fallon war am Dienstag zu einem Arbeitsbesuch in der Ukraine eingetroffen. Die von ihm geleitete Delegation soll ein Militärausbildungszentrum bei Schitomir im Norden der Ukraine besuchen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30119/64/301196459.jpg>

Dan-news.info: De OSZE-Mission geriet in der Nähe der Kontaktlinie unter Beschuss, teilte der Stab der internationalen Organisation mit.

„Ein minimaler Zwischenfall“, sagte der Gesprächspartner der Agentur kurz.

Er hatte Schwierigkeiten auf die Frage des Korrespondenten zu antworten, ob die Beobachter auf dem Territorium der DVR oder auf den zeitweilig durch die ukrainischen

Truppen okkupierten Gebieten unter Beschuss geriet.

„Die Einzelheiten des Zwischenfalls werden noch ermittelt“, fasste der Stab der OSZE zusammen.

De.sputniknews.com: Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sind beim jüngsten Beschuss in der ostukrainischen Krisenregion Donbass nicht zu Schaden gekommen, wie Missionssprecher Michael Bociurkiw am Dienstag RIA Novosti sagte.

Zuvor hatte OSZE-Chef Ivica Dacic mitgeteilt, dass OSZE-Beobachter im Osten der Ukraine unter Beschuss genommen worden waren. Die Folgen seien „minimal“ gewesen. „Niemand wurde betroffen. Ich weiß noch nicht genau, wo das passiert ist.“ Er hoffe, am Mittwoch mehr Informationen über den Zwischenfall zu erhalten, sagte Dacic.

Der ukrainischen Armee und dem Verteidigungsministerium der selbst ernannten Republik Donezk lagen bislang keine Angaben zum Beschuss der Beobachtermission vor.

Lug-info.com: Die Teilnahme der Jugend der LVR an der Kundgebung am Büro der OSZE am 9. August ist eine Bestätigung der Bereitschaft der jungen Einwohner der Republik, die Rechte der Bürger der Republik zu verteidigen, erklärte heute der Leiter der Jugendorganisation von „Mir Luganschtschine“ Sergej Roshkow.

„Für die heutige Jugend der LVR gibt es jetzt zwei Wege: entweder eine schweigende „graue Masse“ zu bleiben oder deutlich ihren Standpunkt zu verteidigen. Unsere Jugend hat eine deutliche Position als Bürger, eine Bestätigung dessen ist die Kundgebung am OSZE-Büro am 9. August“, sagte er.

Er erinnerte daran, dass an der Kundgebung etwa 350 Menschen teilgenommen haben, die Mehrheit von ihnen junge Menschen.

„Die jungen Menschen verteidigen ihre Rechte – die Rechte der Bürger der Republik auf vollständige und zuverlässige Information. Es ist kein Geheimnis, dass die Vertreter der OSZE-Mission in der LVR in der Mehrheit der Fälle keine vertrauenswürdige Information liefern, viele Tatsachen werden einfach verschwiegen, die Aufrufe des Volkes werden im Gganzen ignoriert“, sagte der Vorsitzende der Jugendorganisation.

Er teilte mit, dass nach Informationen von Bürgern der frontnahen Städte der Republik, insbesondere aus Perwomajsk, die Beschüsse der Kiewer Truppen auf das Territorium der LVR normalerweise nach der Abfahrt von Vertretern der Mission beginnen. Deshalb „gibt es beim Volk den Eindruck, dass die genannte Organisation nicht kompetent ist und offen den „Ukrofaschismus“ unterstützt“.

„In der genannten Situation kann die Jugend nicht am Rand stehen und wird hervorkommen und ihre Meinung zur Tätigkeit der OSZE sagen. Es ist sehr schade, dass die Mitarbeiter der Organisation nicht nur nicht die Wahrheit sagen, sondern nicht einmal in der Lage sind, zu einem Dialog mit dem Volk herauszukommen, denn in der Folge der Kundgebung wurden die Türen des OSZE-Büros nicht für ein Treffen mit der Jugend der Republik geöffnet“, fasste Roshkow zusammen.